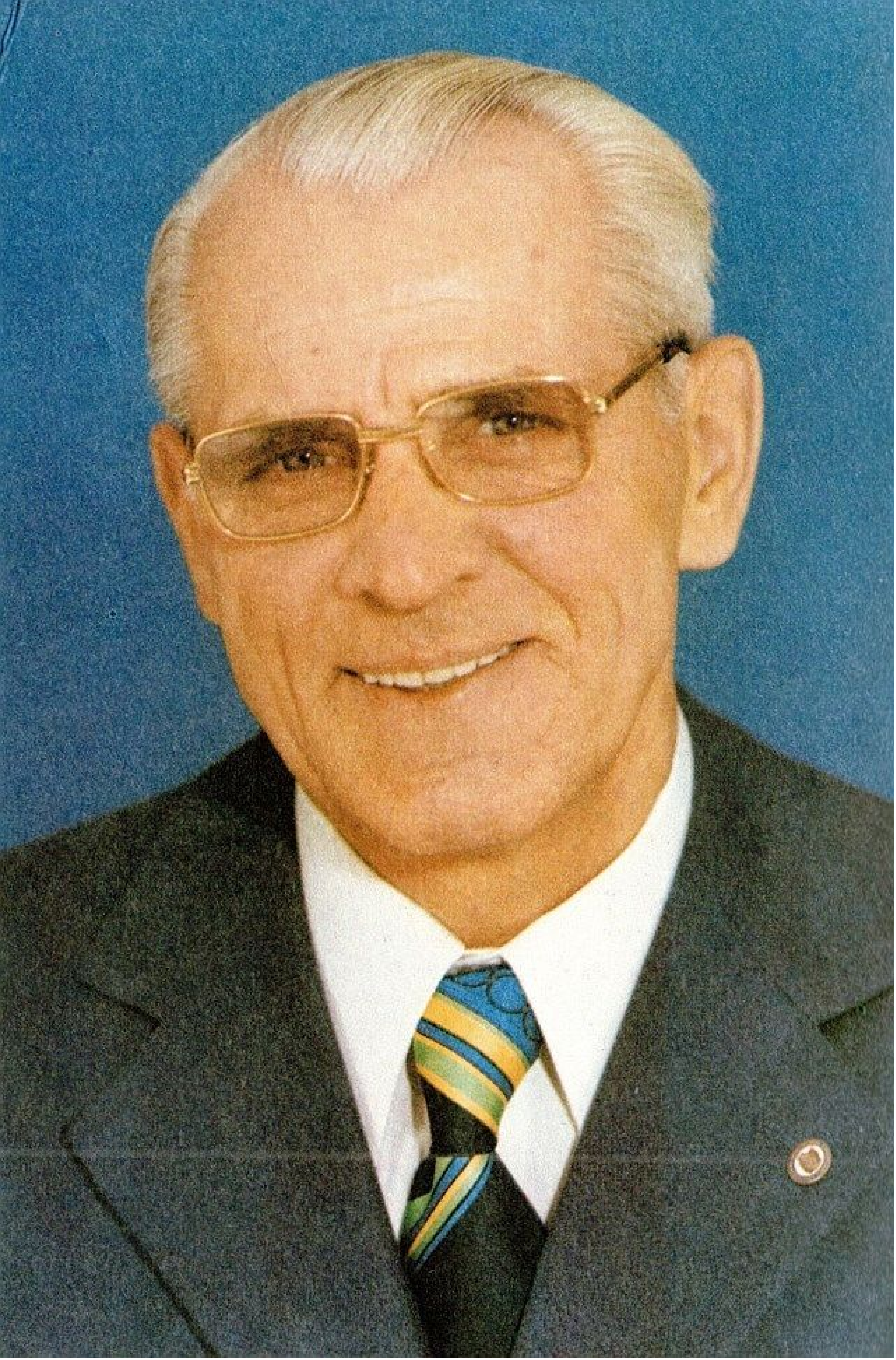


Direktive des X. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1981 bis 1985

Berichterstatter:
Genosse Willi Stoph

X. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands · 11. bis 16. April 1981 in Berlin



X. Parteitag der SED 11. bis 16. April 1981 in Berlin

Direktive des X. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1981 bis 1985

Berichterstatter:
Genosse Willi Stoph



Dietz Verlag Berlin 1981

Liebe Genossinnen und Genossen Delegierte!

Der Bericht des Zentralkomitees an den X. Parteitag widerspiegelt in überzeugender Weise das Ergebnis der Arbeit unserer Partei, der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes der DDR bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Das vom IX. Parteitag beschlossene Programm der Partei wird erfolgreich verwirklicht und hat seine Bewährungsprobe im Leben bestanden.

Der Generalsekretär des Zentralkomitees unserer Partei, Genosse Erich Honecker, hat eine eindrucksvolle Bilanz der innen- und außenpolitischen Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik gezogen. Anschaulich und beweiskräftig wurde nachgewiesen, daß sich die Hauptaufgabe, die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, als ein unerschöpflicher Quell für die allseitige Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, für den Ausbau der materiell-technischen Basis der Volkswirtschaft, die dynamische Entwicklung der Produktivkräfte und die Ausgestaltung der sozialistischen Produktionsverhältnisse bewährt. Das materielle und kulturelle Lebensniveau unseres Volkes wurde entsprechend dem sozialpolitischen Programm der Partei bedeutend erhöht.

Diese Bilanz bezeugt die Richtigkeit der Politik unserer marxistisch-leninistischen Partei. Sie unterstreicht, daß die Arbeiterklasse, die Genossenschaftsbauern, die Angehörigen der Intelligenz, ja, alle Werktätigen von hohem sozialistischem Bewußtsein erfüllt sind.

Ihre hervorragenden Leistungen im sozialistischen Wettbewerb sind Ausdruck ihres Vertrauens zur Politik unserer Partei. Sie sind die Bestätigung ihrer Liebe zu unserem sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern, ihrer Treue zum real existierenden Sozialismus in der DDR, die in enger Kampfgemeinschaft mit der ruhmreichen Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern siegesbewußt den Weg des Menschheitsfortschritts, den Weg des Sozialismus und Kommunismus beschreitet. Der Bericht des Zentralkomitees weist den Weg unseres weiteren gesellschaftlichen Voranschreitens auf den festen Bahnen des Sozialismus und verleiht unserem Kampfbund der Kommunisten und dem gesamten Volk der DDR Kraft und Stärke, Orientierung und Gewißheit für die Lösung der Aufgaben zur allseitigen Stärkung der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik in den achtziger Jahren sowie für den Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens.

Den Weg der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR gehen wir in brüderlicher Gemeinschaft mit der Sowjetunion und im Bündnis mit den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft. Der XXVI. Parteitag der KPdSU hat uns in der Gewißheit bestärkt, daß in der gemeinsamen Kraft der sozialistischen Staaten, in ihrer Einheit und Geschlossenheit auf der Grundlage der bewährten Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus das Unterpfand all unserer Erfolge liegt. Danach handeln wir.

Darauf richten sich in besonderem Maße auch unsere Anstrengungen zur weiteren Vertiefung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen RGW-Mitgliedstaaten im vor uns liegenden Zeitraum. Zugleich treten wir aktiv für die Entwicklung des Welthandels zum gegenseitigen Nutzen ein und fördern ihn in Übereinstimmung mit den Prinzipien der sozialistischen Außenpolitik, mit den

Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Konsequent kämpfen wir an der Seite der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Bruderländer für die Sicherung des Friedens und die Fortsetzung der Entspannungspolitik. Die vom Genossen Leonid Iljitsch Breshnew auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU dargelegte Konzeption für den weltweiten Kampf um die Erhaltung und Festigung des Friedens wird von unserer Partei und dem Volk der DDR mit voller Kraft unterstützt. Ihre Verwirklichung ist zugleich eine unerläßliche Bedingung für die erfolgreiche Fortsetzung unserer Politik zum Wohle des Volkes, zur Gewährleistung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

I. Grundlegende volkswirtschaftliche Aufgaben im Zeitraum 1981 bis 1985

Liebe Genossinnen und Genossen!

Am Beginn der achtziger Jahre legt unsere Partei dem Volk der DDR und vor aller Welt mit der Direktive des X. Parteitages zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1981 bis 1985 ein wissenschaftlich begründetes, optimistisches, von den Erfordernissen des Aufbaus des Sozialismus geprägtes realistisches Programm der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung vor. Auch angesichts der Veränderung der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Bedingungen halten wir an dem grundsätzlichen Ziel der vom VIII. Parteitag beschlossenen Hauptaufgabe, an der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität, fest. Dieser unser politischer Kurs, der tief im Volk verwurzelt ist und besonders im vor uns liegenden Jahrfünft eine hohe Herausforderung an die Schöpferkraft der Arbeiterklasse, der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und aller anderen Werktätigen darstellt, wird — dessen sind wir gewiß — neue gesellschaftliche Initiativen hervorbringen und zur Er-

schließung von Reserven noch nicht dagewesenen Ausmaßes für die Sicherung des erreichten Lebensstandards und dessen schrittweiser Verbesserung führen.

Das hat sich bereits sehr kraftvoll in der großen Masseninitiative, im bisher größten sozialistischen Wettbewerb gezeigt, der unter der Losung: „Das Beste zum X. Parteitag! Alles zum Wohle des Volkes!" geführt wurde. Genosse Gerhard Voß, Anlagenmaschinist im VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg, erklärte, daß die Werktätigen alles in ihren Kräften Stehende tun, um den Plan allseitig zu erfüllen und gezielt zu überbieten. Und er sagte: „Unsere Arbeit leisten wir für uns, für den Sozialismus, denn die Politik unserer Partei und unser Schaffen dafür sind eins."

Zur Durchführung der Wirtschaftsstrategie unserer Partei enthält die vorliegende Direktive des X. Parteitages für die Volkswirtschaft insgesamt und konkret für alle Bereiche und Zweige jene Zielsetzungen und Aufgabenstellungen, die sich objektiv aus den gesellschaftlichen Anforderungen der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR ergeben. Von grundlegender Bedeutung ist es, die Leistungsfähigkeit unserer materiell-technischen Basis weiter zu erhöhen, mit der Realisierung hoher Ziele für die Steigerung der Produktion das stabile Wirtschaftswachstum fortzusetzen und zugleich ein höheres Niveau der Arbeitsproduktivität und der Effektivität zu erreichen. In einem über den bisherigen Ergebnissen liegenden Ausmaß und Niveau müssen dafür die Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion vertieft, die wissenschaftlich-technische Revolution zielstrebig weitergeführt und ihre organische Verbindung mit den nur dem Sozialismus eigenen Möglichkeiten gemeistert werden.

Die Direktive, auf deren Grundlage der Fünfjahrplan 1981 bis 1985 für die Volkswirtschaft insgesamt, für jeden Zweig, für jedes Kombinat sowie für alle Bezirke detailliert auszuarbeiten und zur Sicherung stabiler Kooperationsbeziehungen auf hohem wissenschaftlich-technischem Niveau zu bilanzieren ist, enthält das Ziel, das Wachstum der Produktion und des Nationaleinkommens gegenüber den Ergebnissen des vergangenen Planjahrfünfts zu beschleunigen.

Die Verwirklichung der vom Genossen Erich Honecker im Bericht

des Zentralkomitees begründeten ökonomischen Strategie der achtziger Jahre ist dafür die unumstößliche Voraussetzung.

Das produzierte Nationaleinkommen soll sich im Jahre 1985 auf 128—130 % gegenüber dem Jahr 1980 erhöhen. Im gleichen Tempo soll die industrielle Warenproduktion der Volkswirtschaft insgesamt wachsen, darunter in der Industrie auf 131—133 %. Das ist mit der grundlegenden Aufgabe verbunden, den Produktionsverbrauch und die Selbstkosten insgesamt weit mehr als bisher zu senken. Auf diesem Wege ist die Effektivität des Wirtschaftens in allen Bereichen und Zweigen, in allen Kombinaten und Betrieben der Industrie, des Bauwesens, des Transportwesens, des Handels, der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft zu heben.

Das ökonomische Wachstum — so liegt es der Direktive des X. Parteitages zugrunde — muß vor allem durch die konsequente Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, durch seine Beschleunigung, besonders durch eine größere Anzahl von Spitzenleistungen mit geringerem gesellschaftlichem Aufwand, erreicht werden. Das ist ein wichtiges Erfordernis des Fünfjahrplanes 1981 bis 1985, und es ist notwendig, darauf die Leitungstätigkeit der Minister und der Generaldirektoren der Kombinate in besonderem Maße zu konzentrieren.

Es geht darum, im Maßstab der Volkswirtschaft und in jedem Kombinat mit dem Fünfjahrplan die Bedingungen zu schaffen, damit die neuen strategischen Entwicklungsrichtungen von Wissenschaft und Technik, die Entwicklung und Anwendung neuer Wirkprinzipien, effektiver Technologien und Verfahren, die Organisierung eines kräftigen Rationalisierungsschubs und die erforderlichen qualitativen Veränderungen für die Gestaltung der Struktur der Volkswirtschaft und des Produktionsprofils planmäßig verwirklicht werden. Im Zentrum stehen dabei die beschleunigte Entwicklung und Anwendung der Mikroelektronik, der Robotertechnik, der elektronischen Steuerung von Maschinen sowie die gezielte Nutzung der elektronischen Rechentechnik zur effektiven Organisation der Produktion und der Verwaltungsarbeiten.

Die konsequente Verwirklichung dieser wissenschaftlich-technischen Richtungen in unserer Volkswirtschaft besitzt gewissermaßen die Funktion eines Katalysators bei der Umwandlung von Pro-

dukten in eine neue Qualität. So muß der umfassende Einsatz der Mikroelektronik und der Robotertechnik mit weit überdurchschnittlichen ökonomischen Ergebnissen für die Volkswirtschaft insgesamt zu Buche schlagen.

Zugleich besagen unsere Erfahrungen, daß dem Vorlauf, oder anders gesagt, der Erkundung wissenschaftlich-technischer Entwicklungen, ihrer Zukunftsträchtigkeit und ihrer volkswirtschaftlichen Verwertung auf der Grundlage der uns gebotenen Möglichkeiten in der Arbeit der wissenschaftlichen Einrichtungen, aber auch in den leistungsstarken Forschungskollektiven der Kombinate ein größerer Platz eingeräumt werden muß. Ausgehend von den volkswirtschaftlichen Erfordernissen der achtziger Jahre, muß die koordinierte zentrale Leitung von Wissenschaft, Forschung und Technik einheitlich auf solche komplexen Aufgaben stärker ausgerichtet und dafür weiter qualifiziert werden. Wirklich Neues und über einen längeren Zeitraum Niveaubestimmendes ist ohne tragfähigen und weitreichenden wissenschaftlichen Vorlauf nicht zu schaffen. In der Direktive ist daher die Aufgabe gestellt, die Vorlaufforschung in den Kombinaten und die Forschungs- und Entwicklungsarbeit in den Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften der DDR sowie der Universitäten und Hochschulen wesentlich zu intensivieren und noch konsequenter auf die festgelegten Hauptrichtungen der wissenschaftlich-technischen Arbeit auszurichten. Mit der Bildung und Weiterentwicklung der Kombinate wurden wichtige Voraussetzungen zur einheitlichen Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, zur komplexen Durchführung und Beherrschung wichtiger Neuerungsprozesse geschaffen. Die Produktion der Industrie und ihr wissenschaftlich-technisches Potential sind fast vollständig in Kombinaten konzentriert. Wir sind überzeugt, daß die Generaldirektoren der Kombinate, dem Auftrag des X. Parteitages zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts entsprechend, all ihre Kräfte und Fähigkeiten mit Erfolg einsetzen werden, um die neuen, höheren Anforderungen der achtziger Jahre zu bewältigen.

Wie die Erfahrungen leistungsstarker und exportintensiver Kombinate, wie z.B. des Kombinates Umformtechnik „Herbert Warnke", zeigen, erfordern die ständig komplizierter werdenden

außenwirtschaftlichen Bedingungen sowie die Dynamik des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gebieterisch, sich nicht mit den einmal festgelegten Zielstellungen zufriedenzugeben.

Die Konzentration der Leitungstätigkeit auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und die zielgerichtete Nutzung der bedeutenden Potenzen des sozialistischen Wettbewerbes dafür sind notwendig, um die in der Direktive genannten Mindestziele zur Arbeitszeiteinsparung von mehr als 600 Millionen Stunden im Jahre 1985 zu erreichen, die Produktion mit dem Gütezeichen „Q" auf etwa 100 Milliarden Mark im Jahre 1985 zu erhöhen, den gesellschaftlichen Aufwand um 15 % zu senken und relative Einsparungen von 65–70 Millionen Tonnen Rohbraunkohle, von 2 Millionen Tonnen Walzstahl und 1 Million Tonnen Zement zu realisieren.

Mit der Ausarbeitung der Pläne für Wissenschaft und Technik in Durchführung der Direktive des X. Parteitages geht es darum,

– das Qualitätsniveau der Erzeugnisse auf breiter Front zu erhöhen,
– den Anforderungen höchster Materialökonomie zu entsprechen,
– das technologische Niveau der Produktion schneller zu verbessern und dafür die sozialistische Rationalisierung zu verstärken sowie
– die Bedingungen für einen steilen Anstieg der Arbeitsproduktivität zu schaffen.

Wir wenden uns an alle Wissenschaftler, Techniker, Ingenieure, Technologen, Neuerer, Erfinder und Bestarbeiter, an die Mitglieder der Kammer der Technik, an alle Kombinate und Betriebe, mit großer Energie und Tatkraft den von der Partei gewiesenen Weg zur Verwirklichung der Wirtschaftsstrategie konsequent zu beschreiten und durch eigene anspruchsvolle wissenschaftlich-technische Leistungen ihren Beitrag dafür zu leisten.

Genossen!

Als ein grundlegendes Erfordernis der planmäßigen proportionalen Entwicklung enthält die Direktive umfangreiche Maßnahmen zur Sicherung des Bedarfs an Energie und Rohstoffen. Wir erweitern den Ausbau der Braunkohleindustrie und der Energieerzeugung. Entsprechend dem volkswirtschaftlichen Bedarf werden

die chemische Industrie und die Metallurgie entwickelt. Generell sind die Anstrengungen zur Nutzung einheimischer Rohstoffe zu erhöhen. Sekundärrohstoffe und Abprodukte gegenwärtiger Technologien sind in hohem Maße für die Wiederverwendung als Rohstoffe, Zwischenprodukte und – wo das möglich ist – als Endprodukte bereitzustellen.

Es kommt darauf an, mit Hilfe wissenschaftlich-technischer Arbeit auf allen Gebieten die Rohstoffkreisläufe mit höchster Effektivität zu gestalten. Die Sicherung der Rohstoffversorgung – dessen müssen sich alle bewußt sein und danach handeln – ist zugleich eine hohe Anforderung an die Veredlung aller Rohstoffe und Materialien. Das leitet sich notwendigerweise aus der Tatsache ab, daß die Aufgabe zu lösen ist, im wesentlichen mit gleichbleibenden oder nur gering wachsenden Fonds an Rohstoffen auszukommen, aus dem Vorhandenen mehr und bessere Produkte herzustellen. Die erreichte Überbietung der Ziele des Fünfjahrplanes 1976 bis 1980 zur Senkung des spezifischen Verbrauchs an Energie und Rohstoffen sowie der konsequente internationale Vergleich des Masse-Leistung-Verhältnisses belegen, daß unsere Volkswirtschaft über große Reserven verfügt, die es zu erschließen gilt. Der Prozeß der Veredlung umfaßt den Einsatz und die Verarbeitung von Roh- und Werkstoffen in allen Produktionsstufen, wie das im Bericht des Zentralkomitees überzeugend nachgewiesen ist.

Es ergibt sich daraus bei der Ausarbeitung und Durchführung des Fünfjahrplanes 1981 bis 1985 in allen Industriezweigen die Aufgabe, die wissenschaftlich-technischen Kräfte in hohem Maße auf die entschiedene Verbesserung der Materialökonomie zu konzentrieren, für hohe Materialveredlung, hohe Materialausbeute und zugleich für den sparsamsten Umgang mit Energie, Material und mit Rohstoffen alle notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Mit dem Fünfjahrplan 1981 bis 1985 werden besonders hohe Anforderungen an den Maschinenbau gestellt, dessen Produktion in Menge und Qualität für die intensiv erweiterte Reproduktion der Volkswirtschaft und als Hauptträger des Exports größtes Gewicht besitzt. Er soll seine Produktion überdurchschnittlich im Zeitraum

1981 bis 1985 auf 141–143% erhöhen. Gestützt auf die geschaffenen Produktionsbedingungen, kommt es darauf an, die inneren Reserven durch gezielte Verbesserung der Fertigungstechnik und der Produktionsorganisation für den geplanten Leistungsanstieg zu nutzen.

Bei Sicherung des geplanten Investitionsbedarfs der Volkswirtschaft und den hohen Exportanforderungen besteht die Kernfrage darin, das Erzeugnisprofil so zu gestalten, daß in schnellerem Tempo materialsparende technologische Verfahren eingeführt sowie hochproduktive Anlagen und Maschinen eingesetzt werden können. Bei der Ausarbeitung des Fünfjahrplanes ist die Realisierung dieser Aufgabe unter Leitung der dafür verantwortlichen Ministerien gemeinsam mit den Kombinaten allseitig zu gewährleisten. Zugleich muß hervorgehoben werden, daß die Sicherung der industriellen Kooperation auf hohem Niveau eine grundlegende Aufgabe für die volkswirtschaftliche Wirksamkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, für die Erhöhung der Effektivität und die Gewährleistung der Stabilität des Produktionswachstums ist.

Deshalb orientiert die Direktive nachdrücklich darauf, die Leistungsfähigkeit der Zulieferindustrie entsprechend den Erfordernissen der Finalproduktion und die Bereitstellung von Ersatzteilen gemäß dem begründeten Bedarf zu planen und zu steigern. Es ist notwendig, das wissenschaftlich-technische Niveau, die Qualität, die Lebensdauer und die Zuverlässigkeit der Zuliefererzeugnisse zu erhöhen. Auch in den Bereichen der Konsumgüterindustrie, deren Aufgabe darin besteht, mit ihrer Produktion eine zuverlässige Versorgung der Bevölkerung entsprechend dem Plan zu sichern und gleichzeitig die devisenrentable Exportproduktion zu erhöhen, ist zielgerichtet das Erzeugnisprofil zu verändern.

Im Fünfjahrplanzeitraum 1981 bis 1985 ist die Produktion qualitativ hochwertiger Konsumgüter, nach denen bei der Bevölkerung und auf dem Außenmarkt eine große Nachfrage besteht, wesentlich zu erhöhen. Bessere Gebrauchswerte und höhere Lebensdauer der Erzeugnisse sowie hohe Effektivität ihrer Produktion sind durch einen steigenden Veredlungsgrad der eingesetzten Rohstoffe, die Anwendung kostengünstiger hochproduktiver Technologien und

neuer Wirkprinzipien, einen niedrigen spezifischen Material- und Energieaufwand der technischen Konsumgüter, durch Verbesserung der Zuverlässigkeit und des Bedienungskomforts, der funktionellen Gestaltung und Formgebung sowie der modischen Aktualität zu erreichen.

In der Direktive wird die Forderung der Partei erhärtet, bei den Waren des Grundbedarfs jederzeit die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Das ist eine politische Aufgabe ersten Ranges, an der keinerlei Abstriche zugelassen werden dürfen. In den Plänen der Kombinate und Betriebe ist die Produktions-, Sortiments- und Erzeugnisentwicklung bei Waren des Grundbedarfs, den Sortimenten der „1000 kleinen Dinge" und bei Ersatzteilen so zu gestalten, daß der Bedarf der Bevölkerung in Menge, Sortiment und Qualität stabil gedeckt wird. Das gilt insbesondere für die bezirksgeleiteten Kombinate, die eine große Verantwortung dafür tragen, daß auf der Grundlage der hohen Beweglichkeit und Disponibilität der Klein- und Mittelbetriebe ein entsprechender Beitrag zur kurzfristigen Verbesserung der Bedarfsdeckung bei den Sortimenten der „1000 kleinen Dinge" und bei Ersatzteilen geleistet wird.

Die Direktive wendet sich an alle Kombinate, auch an diejenigen, die vorwiegend Produktionsmittel herstellen, mit dem Auftrag, ihren Beitrag zur Konsumgüterproduktion entschieden zu erhöhen. Auch aus dieser Aufgabe leitet sich ab, die Erzeugnisstruktur der Industrie zu vervollkommnen und die dafür überall noch vorhandenen Möglichkeiten und Reserven konsequent zu erschließen. Allen Ministerien und Kombinaten werden dafür abrechenbare Aufgaben gestellt.

Genossen!

Untrennbare Bestandteile der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für den Fünfjahrplan 1981 bis 1985 sind die bessere Ausnutzung der Grundmittel in allen Bereichen und die Erhöhung der Wirksamkeit der Investitionen. Wir stellen die Aufgabe, die Grundfondsquote in der Volkswirtschaft zu erhöhen und aus jeder Mark Investitionen einen zunehmenden Ertrag zu erwirtschaften.

Die Analyse zeigt, daß wir dafür über reale Voraussetzungen verfügen und mit dem Plan und seiner Realisierung die erforderlichen Bedingungen schaffen können.

Der Grundfondsbestand unserer Volkswirtschaft erhöhte sich von rd. 325 Milliarden Mark im Jahre 1960 auf rd. 470 Milliarden Mark 1970 und auf über 700 Milliarden Mark im Jahre 1980. Gleichzeitig wurde mit dieser Entwicklung der Grundfonds eine wesentliche Verbesserung ihrer qualitativen Struktur erreicht. Rund die Hälfte der Ausrüstungszugänge 1976 bis 1980 ist voll- bzw. teilautomatisiert. Annähernd 40% des gegenwärtigen Ausrüstungsbestandes sind wertmäßig nicht älter als 5 Jahre. Im Zeitraum 1981 bis 1985 werden 268—272 Milliarden Mark Investitionen zur Steigerung der Leistungskraft unserer Volkswirtschaft und für die weitere Verwirklichung unseres Wohnungsbauprogramms eingesetzt. In Durchführung des gemeinsamen Beschlusses des Politbüros des Zentralkomitees unserer Partei und des Ministerrates „Über die Erhöhung der Effektivität der Investitionen zur weiteren Stärkung der ökonomischen Leistungskraft der DDR" geht es darum, überall die materiell-technische Basis mit Tatkraft und politisch verantwortungsbewußtem Handeln zu verstärken.

Die Investitionen müssen vor allem auf die umfassende ökonomische Nutzung solcher Ergebnisse von Forschung und Entwicklung konzentriert werden, die von ausschlaggebender Bedeutung für die Herausbildung einer hocheffektiven Struktur der Volkswirtschaft sind. Zur Erschließung von Effektivitätsquellen in den volkswirtschaftlich erforderlichen Größenordnungen müssen den Investitionen die progressivsten technologischen Lösungen zugrunde gelegt werden. Der ständigen Erneuerung, Modernisierung und Rekonstruktion der Grundfonds ist der absolute Vorrang beim Einsatz der Investitionen zu geben. Die Investitionen müssen auf Rationalisierungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen in den jeweils kapazitätsbestimmenden Produktionsabschnitten konzentriert und eng mit der Vervollkommnung der Fertigungsorganisation und der Arbeitsabläufe verbunden werden. Davon müssen alle Staats- und Wirtschaftsorgane bei der Ausarbeitung und Durchführung des Fünfjahrplanes ausgehen. Unsere Erfahrungen besagen, daß durch eine kluge Planung der Rang- und Reihenfolge der Investitionen und ihre Konzentration auf wenige Objekte die Realisierungszeiten der Investitionsvorhaben erheblich verkürzt werden können, was zugleich in besseren ökonomischen Ergeb-

nissen seinen Niederschlag findet. Davon ausgehend, wird die Aufgabe gestellt, die Realisierungszeiten der Investitionsvorhaben im Fünfjahrplan 1981 bis 1985 um ein Drittel bis um die Hälfte zu reduzieren. Gleichzeitig kommt es darauf an, die fertiggestellten Kapazitäten in kurzer Zeit voll für die Leistungserhöhung wirksam zu machen.

Durch die Staats- und Wirtschaftsorgane sind in Durchführung dieser in der Direktive enthaltenen Aufgabenstellung die Investitionskonzeptionen für die nächsten Jahre nochmals gründlich zu überprüfen und zu überarbeiten. Der Beginn von Neubau- und großen Erweiterungsvorhaben kann grundsätzlich nur in Ausnahmefällen zugelassen werden und ist nach gründlicher Verteidigung gesondert festzulegen.

Die dauerhafte Verwirklichung dieser Linie verlangt mit aller Konsequenz die Weiterentwicklung und Umgestaltung des Profils und der Struktur des Industriebaus. Erfahrungen und viele Beispiele besagen, daß die Rationalisierung und Rekonstruktion bei gleichem Effekt nur etwa die Hälfte des Bauaufwandes erfordern. Gleichzeitig gilt es, material- und energiesparende Konstruktionslösungen sowie effektivere Technologien bei der Projektierung neuer Industrieanlagen anzuwenden.

Zu den gravierenden Merkmalen höherer Grundfondseffektivität, denen im Zeitraum 1981 bis 1985 zu entsprechen ist, gehört, in der Industrie die Arbeitsproduktivität schneller zu steigern als die Grundfondsausstattung je Arbeitskraft. Nur so können wir letztlich zu einer erheblichen Senkung des Aufwandes kommen, die dem Steigen des Nationaleinkommens und damit der Gesellschaft und jedem einzelnen dient. Es gilt deshalb, mit allen Werktätigen über eine höhere Auslastung der Maschinen und über die erforderlichen Maßnahmen zur effektiven Gestaltung der Schichtarbeit zu beraten.

Das vorgesehene höhere Niveau der Arbeitsproduktivität ist vor allem auch abhängig von den Leistungsparametern neuer Maschinen und Anlagen. Der Maschinenbau und die Elektrotechnik/Elektronik sind deshalb verpflichtet, Ausrüstungen zu entwickeln und bereitzustellen, die den fortgeschrittensten wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen entsprechen, die also das internatio-

nale technologische Niveau verkörpern. Neben der weiteren bedeutenden Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Industriebaus ist das eine ausschlaggebende Voraussetzung, um die volkswirtschaftlichen Zielstellungen mit den zur Verfügung stehenden Investitionen zu realisieren.

Die Rationalisierung unseres Produktionsapparates ist in hohem Maße von schnell steigenden Leistungen aller Kombinate bei der Eigenherstellung von Rationalisierungsmitteln abhängig. Die Leistungen müssen objektiv in größerem Umfange wachsen, damit durch zweig- und prozeßspezifische Ausrüstungen die Mechanisierung und Teilautomatisierung des Produktionsprozesses schneller vorangetrieben werden. Alle Kombinate und Betriebe müssen sich deshalb darauf einstellen, daß die Eigenherstellung von Rationalisierungsmitteln eine entscheidende und in ihrer Bedeutung ständig wachsende Quelle für die produktive Akkumulation auf moderner Grundlage ist. Um diesen Prozeß allseitig zu fördern und zu beschleunigen, haben die zuständigen Kombinate durch die Bereitstellung von standardisierten Baugruppen und Normteilen ihren Beitrag für den notwendigen Rationalisierungsschub zu erhöhen.

Die Sicherung des Produktionswachstums, die Erhöhung der Effektivität im Zusammenhang mit der Bewältigung der komplizierter gewordenen äußeren Bedingungen und nicht zuletzt die Entwicklung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens erfordern eine Steigerung der Arbeitsproduktivität, die über das bisher übliche Maß hinausgeht. Sie ist, wie das die Direktive beinhaltet, auf 128–130% im Jahre 1985 gegenüber dem Jahr 1980 zu steigern. Das verlangt, in einer zunehmenden Zahl von Betrieben und Kombinaten ein schnelleres Wachstum der Arbeitsproduktivität gegenüber der Warenproduktion zu erreichen – vor allem durch die Erhöhung des technologischen Niveaus der Produktion, die schnellere Verallgemeinerung der Erfahrungen der Besten und den Abbau ungerechtfertigter Niveauunterschiede.

Genossen!

Eine Kernfrage besteht in der Einsparung von Arbeitsplätzen und der Gewinnung von Arbeitskräften für die Inbetriebnahme neuer Produktionskapazitäten und die Erhöhung der Schicht-

arbeit. Es gibt keine andere Alternative, als durch sozialistische Rationalisierung Arbeitskräfte in bisher nicht gekanntem Ausmaß freizusetzen. Die Werktätigen des Stammbetriebes im VEB Petrolchemisches Kombinat Schwedt haben mit ihrer Initiative „Weniger produzieren mehr" dafür das Beispiel geschaffen. In einer wachsenden Zahl von Betrieben hat sich die Schwedter Initiative bereits als geeignet erwiesen, Arbeitskräftefragen aus eigener Kraft und ohne Zuführung von außen zu lösen.

Wir orientieren deshalb alle Partei- und Wirtschaftsfunktionäre erneut darauf, diese Erfahrungen auszuwerten und wissenschaftlich-technische Erkenntnisse sowie die wissenschaftliche Arbeitsorganisation konsequent anzuwenden.

Mit einem Wort: Es geht um den effektiven Einsatz unseres gesellschaftlichen Arbeitsvermögens. Dabei heben wir hervor, daß sozialistische Rationalisierung und das bei uns verwirklichte Recht auf Arbeit eine untrennbare Einheit bilden. Kein Berufstätiger braucht in unserer Republik um einen Arbeitsplatz zu bangen. Unser sozialistischer Staat gewährleistet jedem soziale Sicherheit und wachsendes Einkommen entsprechend seinen steigenden Leistungen sowie der jungen Generation eine qualifizierte Berufsausbildung, sichere Arbeitsplätze und die Perspektive einer glücklichen Zukunft.

Das ist verbürgtes Verfassungsrecht, und das ist der Alltag des werktätigen Menschen im Sozialismus. Kein kapitalistischer Staat dieser Welt kann den Menschen dieses Grundrecht garantieren. Das beweisen die Geschichte der Arbeiterbewegung und die politische Gegenwart.

II. Zur Entwicklung der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft

Liebe Genossinnen und Genossen!

An die Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft werden hohe Anforderungen zur weiteren Steigerung der Produktion, Arbeitsproduktivität und Effektivität durch umfassende Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gestellt. Die Verantwortung der Genossenschaftsbauern, Arbeiter und aller anderen Werktätigen der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft besteht vor allem darin, durch immer bessere Nutzung des Bodens eine stabile Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsgütern und der Industrie mit Rohstoffen immer weitgehender aus der eigenen Produktion zu gewährleisten.

Für die Werktätigen dieses wichtigen Zweiges unserer Volkswirtschaft gilt es deshalb, die Produktion bedeutend zu intensivieren, nichtgerechtfertigte Niveauunterschiede zwischen Betrieben, Kreisen und Bezirken zu überwinden und das Verhältnis von Aufwand und Ertrag durch Rationalisierung immer günstiger zu gestalten.

Daß sich die Genossenschaftsbauern, wie die Werktätigen in der Industrie und in den anderen volkswirtschaftlichen Bereichen, den neuen Anforderungen stellen, brachte in Vorbereitung des X.

Parteitages der Vorsitzende der LPG Wulfersdorf, Genosse Edwin Kollhoff, zum Ausdruck.

Seine LPG verpflichtete sich, im Jahre 1981 43,2 Dezitonnen Getreideeinheiten je Hektar pflanzlicher Bruttoproduktion – das sind 0,7 Dezitonnen je Hektar über den Plan – zu produzieren und einen Kostensatz von 87,1 % zu erreichen.

Die vorrangige Aufgabe der Landwirtschaft bleibt die weitere Steigerung der Pflanzenproduktion mit dem Ziel, die Futtergrundlage zu verbessern und das Aufkommen an Rohstoffen weiter zu erhöhen. Es ist im Durchschnitt der DDR ein jährlicher Ertragszuwachs um 0,2 bis 0,3 Dezitonnen Getreideeinheiten je Hektar auf 43,2 bis 43,7 Dezitonnen je Hektar im Jahre 1985 vorgesehen. Die Direktive stellt der Landwirtschaft die Aufgabe, die Hektarerträge bei Getreide zu erhöhen und mindestens 39 bis 39,5 Dezitonnen je Hektar zu produzieren. Eine bedeutende Steigerung der Erträge muß bei Kartoffeln erreicht werden. Dafür sind die Bodenfruchtbarkeit und Ackerkultur durch umfassende Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts weiter zu verbessern und alle Böden ausreichend mit organischer Substanz zu versorgen.

Vordringlich ist die Erhöhung der Produktion von Grund- und Konzentratfutter, um die wachsende Tierproduktion bei sinkenden Futtergetreideimporten zu realisieren. Unsere Landwirtschaft muß sich dieser Aufgabe unbedingt stellen, denn sie ist von strategischer Bedeutung. Gemeinsam mit allen Genossenschaftsbauern und allen Werktätigen der sozialistischen Landwirtschaft ist konsequent daran zu arbeiten, die tierische Produktion im wesentlichen auf der Grundlage der eigenen Futterproduktion zu gewährleisten.

Für die Steigerung der Zuckerrübenproduktion sind die Erfahrungen der Besten und der wissenschaftlich-technische Fortschritt mit aller Konsequenz anzuwenden. Im Vordergrund stehen die Erhöhung der Erträge und des Zuckergehaltes sowie die Verkürzung der Verarbeitungskampagnen.

Von besonderer Bedeutung sind die Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Versorgung mit Obst und Gemüse durch Steigerung der Erträge und Senkung der Verluste. Das gilt auch für die Lagerung und Vermarktung dieser Erzeugnisse. Auch die Produk-

tion von Hopfen, Arznei- und Gewürzpflanzen ist planmäßig zu sichern.

Für die Versorgung der Bevölkerung aus eigenem Aufkommen sind die Leistungen der Tierbestände weiter zu erhöhen. Das staatliche Aufkommen bei Schlachtvieh ist von 2267 Kilotonnen im Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1980 auf 2400 bis 2420 Kilotonnen im Jahre 1985 zu steigern. Grundvoraussetzung ist die Sicherung effektiver Proportionen zwischen Futterproduktion, Stallkapazitäten, Arbeitskräften und Tierbestand.

So ist zu sichern, daß die Produktivität der Tiere immer mehr auf der Basis eigener Futterproduktion der im jeweiligen Kooperationsrat bzw. der in einer Agrar-Industrie-Vereinigung zusammenarbeitenden Betriebe erhöht wird, die Aufzuchtergebnisse weiter verbessert und eine effektivere Reproduktion der Tierbestände gewährleistet werden.

Die Anstrengungen der Mitglieder des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter, der Genossenschaftsbauern und Arbeiter in ihren Hauswirtschaften und aller anderen individuellen Produzenten, ihren Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, darunter mit Obst und Gemüse, zu erhöhen, werden auch künftig umfassend unterstützt.

Für die weitere Intensivierung und Einführung industriemäßiger Produktionsmethoden in der Landwirtschaft auf dem Wege der Rationalisierung ist der effektivste Einsatz der Investitionen von größter Bedeutung. Die Investitionen für die Mechanisierung der Pflanzen- und Tierproduktion und zur Senkung von Verlusten haben dabei den Vorrang. Für die Mechanisierung der Landwirtschaft werden in steigendem Maße Traktoren, Mähdrescher, LKW, Ladegeräte und Geräte für die Bodenbearbeitung, Bestellung und Pflege bereitgestellt. Gleichzeitig ist die Produktion von Rationalisierungsmitteln in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft wesentlich zu erhöhen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang hervorheben, daß die Verpflichtungen der einzelnen Volkswirtschaftszweige gegenüber der Landwirtschaft stets gewissenhaft erfüllt werden müssen. Das ist für die Vertiefung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern von großer Bedeutung.

In der Binnenfischerei sind weitere Voraussetzungen zur Steigerung der Speisefischproduktion durch Nutzung aller Gewässer und Seen zu schaffen; alle dazu festgelegten Aufgaben sind zielstrebig durchzuführen.

In der Nahrungsgüterwirtschaft ist die Verarbeitung und Lagerung der landwirtschaftlichen Rohstoffe mit geringsten Verlusten zu gewährleisten. Vorrangiges Anliegen sind die Stabilisierung und Erweiterung der Kapazitäten durch Rationalisierung in der Zuckerindustrie, Getreidewirtschaft, Kühl- und Lagerwirtschaft, der tierischen Rohstoffwirtschaft und der Fleischverarbeitung.

In der Forstwirtschaft sind umfangreiche Aufgaben zur Erhöhung der Rohholzvorräte und zur planmäßigen Sicherung der Versorgung der Volkswirtschaft mit Rohholz zu lösen. Das Rohholzaufkommen ist von 9,0 Millionen Festmetern im Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1980 auf 10 bis 10,2 Millionen Festmeter 1985 zu erhöhen.

III. Zu den Aufgaben des Transport-, Post- und Fernmeldewesens

Genossen!

Die neuen Bedingungen der achtziger Jahre erfordern eine entschiedene Senkung des Transportaufwandes und die durchgehende Intensivierung der Transportprozesse. Zur Steigerung der Gütertransportleistungen ist die Einführung neuer, insbesondere energiesparender Technologien in Verbindung mit der komplexen Mechanisierung der Transportprozesse durchzusetzen. Schwerpunkte sind dabei die Verlagerung von Transporten von der Straße auf die Eisenbahn, die Erweiterung des Transports von Massengütern mit Binnenschiffen sowie der effektivste Einsatz weiterer Werkfahrgemeinschaften im Kraftverkehr durch territoriale Rationalisierung.

Durch die Elektrifizierung weiterer 700 bis 750 Kilometer Eisenbahnstrecken bis 1985 und den Anschluß der Hauptstadt der DDR, Berlin, an das elektrifizierte Netz sind die Leistungsfähigkeit der Eisenbahn zu erhöhen und gleichzeitig der spezifische Energieverbrauch um 28 % zu senken. Die sich mit der weiteren Elektrifizierung ergebenden Möglichkeiten zur Verbesserung des Personenverkehrs durch kürzere Fahrzeiten und häufigere Verkehrsbedienung sind verstärkt wirksam zu machen.

Die Gütertransportleistungen im Binnenverkehr sollen bis 1985 auf 106 bis 108 % gesteigert werden.

Im Straßengütertransport sind durch Zusammenarbeit und rationellsten Einsatz aller Transport- und Umschlagkapazitäten der Volkswirtschaft die Transportaufgaben mit geringerem Energieverbrauch und Fahrzeugeinsatz zu erfüllen.

Im Personenverkehr sind zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen die Qualität, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit im Arbeiterberufs-, Schüler- und Reiseverkehr zu erhöhen. Der Berufs- und Nahverkehr ist insbesondere in den Städten und Ballungsgebieten unter Berücksichtigung der Erschließung neuer Wohngebiete durch optimale Arbeitsteilung zwischen den öffentlichen Verkehrsträgern und die vorrangige Entwicklung der schienengebundenen Verkehrsmittel leistungsfähiger zu gestalten. In allen Kreisen sind durch Koordinierung der am Personenverkehr beteiligten Betriebe und Einrichtungen günstigere Bedingungen zu schaffen.

Zur Sicherung der steigenden Außenhandelstransporte der DDR, insbesondere mit der UdSSR, sollen die Kapazitäten der Seehäfen der DDR wesentlich erhöht und die Leistungsfähigkeit der Seeflotte durch den Einsatz moderner Schiffe gesteigert werden.

Im Post- und Fernmeldewesen sind die Leistungen für die Bevölkerung und für die Wirtschaft durch weitere Intensivierung der Betriebs- und Verkehrsprozesse qualitativ und quantitativ zu erhöhen. Dabei ist besonders die fernsprechmäßige Versorgung in der Hauptstadt der DDR, Berlin, zu verbessern. Im Post- und Zeitungswesen sind insbesondere die Rationalisierungsmaßnahmen in der Brief- und Kleingutbearbeitung, in der Zustellung sowie im Postzeitungsvertrieb und im Zahlungs- und Spargeldverkehr weiterzuführen.

IV. Zur Entwicklung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung

Liebe Genossinnen und Genossen!

Getreu dem Programm unserer Partei, alles zu tun für das Wohl des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse, der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und der anderen Werktätigen, ist die Direktive des X. Parteitages zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1981 bis 1985 darauf gerichtet, das erreichte materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes zu sichern und schrittweise auszubauen.

Es geht, zusammengefaßt, um die Verbesserung der Wohn- und Arbeitsbedingungen, um die Schaffung von immer besseren Möglichkeiten für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit, für hochproduktive Arbeit, für die Entwicklung des Bildungswesens, der Wissenschaft und Kultur, für den Gesundheitsschutz und für die Verbesserung der Erholung – für all das, was unsere sozialistische Lebensweise ausmacht.

Kernstück unseres sozialpolitischen Programms bleibt das auf den Zeitraum bis 1990 berechnete Wohnungsbauprogramm. Es wird auch in den kommenden Jahren weiterhin konsequent verwirklicht.

Für etwa 2,8 Millionen Bürger, insbesondere Arbeiter- und kinderreiche Familien sowie junge Ehepaare, sollen 930 000 bis 950 000 neugebaute und modernisierte Wohnungen bereitgestellt werden, darunter 600 000 Neubauwohnungen. Das ist die bisher umfangreichste Zielstellung für einen Fünfjahrplanzeitraum in der Geschichte unseres Volkes.

Für die Hauptstadt der DDR, Berlin, sowie für die Bezirke Karl-Marx-Stadt, Leipzig, Dresden und Halle wird ein überdurchschnittliches Wachstum des Wohnungsbaues vorgeschlagen.

Durch die örtlichen Organe des Staates ist zu sichern, daß die zur Versorgung und Betreuung der Bevölkerung in den Wohngebieten erforderlichen Gemeinschaftseinrichtungen, insbesondere Schulen, Schulsporthallen, Kindergärten, Kinderkrippen, Jugendklubs, ärztliche Arbeitsplätze in Ambulatorien und Polikliniken, Verkaufsstellen sowie gastronomische und Dienstleistungseinrichtungen, entsprechend den staatlichen Aufwandsnormativen als Bestandteil der Planung des komplexen Wohnungsbaues vorbereitet und in terminlicher Übereinstimmung mit der Fertigstellung der Wohnungen in Betrieb genommen werden können.

Die Bereitschaft der Werktätigen, mit eigenen Leistungen und finanziellen Mitteln zur Verbesserung der Wohnbedingungen beizutragen, ist auch weiterhin durch die staatlichen Organe zu fördern und zu unterstützen. Der Anteil der für Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften zu errichtenden Wohnungen soll deshalb 42 bis 45 % des industriellen Wohnungsbaues betragen. Der Bau von Eigenheimen und der Wohnungsbau auf dem Lande mit einem Anteil von jeweils etwa 10 % des Wohnungsneubaues werden auch im Fünfjahrplanzeitraum 1981 bis 1985 beibehalten. Für die Lösung der Wohnungsfrage ist die Einheit von Neubau, Modernisierung und Erhaltung der Bausubstanz von großem Gewicht. Das muß bei der Planung des Wohnungsbaues und der Leistungen der Baubetriebe stärker berücksichtigt werden.

Die vorhandene wertvolle Bausubstanz ist durch Modernisierungsmaßnahmen besser zu nutzen und ihr Wohnwert zu erhöhen. Damit soll zugleich eine harmonische Verbindung von vorhandener und neuer Bebauung erreicht werden. Zur Erhaltung der Wohngebäude und der Wohnungen sind in den Jahren 1981

bis 1985 die Baureparaturleistungen gegenüber 1976 bis 1980 auf ca. 125 % zu steigern.

Wir sprechen die Erwartung aus, daß dafür in erforderlichem Umfange und nach Gewerken die entsprechenden Baukapazitäten unter Leitung der örtlichen Organe des Staates in den Baubetrieben und in den Genossenschaften des Handwerks entwickelt und eingesetzt werden.

In Übereinstimmung mit den Aufgaben zur Entwicklung der Konsumgüterproduktion wird in der Direktive vorgeschlagen, den Einzelhandelsumsatz auf 120 bis 122 % zu erhöhen. Das schnellere Wachstum bei Industriewaren im Vergleich zu Nahrungs- und Genußmitteln soll sich auch in den nächsten fünf Jahren fortsetzen.

Besonderes Augenmerk legen wir auf eine kontinuierliche und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit den Waren des Grundbedarfs zu stabilen Preisen. Das betrifft vor allem das breite Sortiment der Grundnahrungsmittel und die Erzeugnisse zur Versorgung unserer Kinder.

In Übereinstimmung mit den unterschiedlichen Verbrauchsgewohnheiten unserer Bevölkerung und der differenzierten Bedarfsentwicklung ist auch bei den wachsenden Warenfonds im Zeitraum bis 1985 das Angebot in allen drei Preisgruppen, der unteren, der mittleren und der oberen, zu gewährleisten. Dabei erwarten wir von allen an der Konsumgüterproduktion und am Konsumgüterbinnenhandel beteiligten Kombinaten, Betrieben und Organen, daß sie bei der Planung der Produktion innerhalb der drei Preisgruppen für ein differenziertes Angebot sorgen.

Wir sprechen die Überzeugung aus, daß die Werktätigen im Handel alles daransetzen werden, aktiv zur Verwirklichung dieser Aufgabe beizutragen, den Umschlag der Waren zu beschleunigen und die Ökonomie des Handels zu verbessern. Das erfordert, überall ein sparsames Wirtschaften mit den materiellen und finanziellen Fonds durchzusetzen und die Handelsverluste entschieden zu senken.

Dem Entwurf der Direktive des X. Parteitages der SED liegt zugrunde, die Dienstleistungen für die Bevölkerung weiter zu verbessern. Dazu werden die Leistungsfähigkeit der volkseigenen

Dienstleistungsbetriebe planmäßig erhöht und die bewährte Politik der Förderung des Handwerks, der Produktionsgenossenschaften und der individuellen Handwerksbetriebe konsequent fortgesetzt.

Der wachsende Bedarf an Dienstleistungen macht es erforderlich, die vorhandenen Fonds in diesem Bereich der Volkswirtschaft bei sparsamstem Einsatz von Material und Energie noch besser zu nutzen und der Bevölkerung ständig ein umfassendes Angebot in hoher Qualität bei kurzen Lieferzeiten zu unterbreiten.

Über den Weg der Spezialisierung, Konzentration und Rationalisierung sowohl in den volkseigenen Dienstleistungsbetrieben als auch in den Produktionsgenossenschaften des Handwerks soll in zunehmendem Umfang der Einsatz moderner Technologien ermöglicht werden. Dazu sind gemeinsam mit den Werktätigen dieser Bereiche unter Leitung der Räte der Kreise die bestehenden Konzeptionen zu beraten und zu vervollkommnen. Wir erwarten, daß die volkseigenen Betriebe und Kombinate auf der Grundlage von Vereinbarungen diese Aufgabe unterstützen.

Genossen!

Die Direktive des X. Parteitages der SED sieht vor, die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung als Hauptform des individuellen Einkommens in den Jahren 1981 bis 1985 auf 120 bis 122 % zu vergrößern. Dabei ist entsprechend dem entscheidenden Beitrag der Arbeiterklasse an der Schaffung des Nationaleinkommens ihr Anteil an den Geldeinnahmen der Bevölkerung in Übereinstimmung mit den steigenden Leistungen planmäßig zu erhöhen. Es ist vorgesehen, daß auch die Einkommen der anderen Werktätigen in Abhängigkeit von den Leistungen und steigender Qualifikation weiter anwachsen.

Für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung sollen die gesellschaftlichen Fonds aus Mitteln des Staates für das Wohnungswesen, zur Aufrechterhaltung niedriger Mieten, zur Gewährleistung stabiler Verbraucherpreise für Waren des Grundbedarfs und niedriger Tarife, für die Befriedigung der wachsenden gesundheitlichen, sozialen und geistig-kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung von rund 234 Milliarden Mark 1976 bis 1980 auf rund 295 Milliarden Mark 1981 bis 1985 erhöht werden. Das ist ein Zuwachs auf 126 %. Allein die gesellschaftlichen Fonds für das

Wohnungswesen und zur Aufrechterhaltung niedriger Mieten werden auf etwa 150% wachsen.

Bedeutende Mittel aus den gesellschaftlichen Fonds sind auch künftig für die Verbesserung der Fürsorge für Mutter und Kind, die Unterstützung kinderreicher Familien und die Förderung junger Ehen sowie für die bessere Betreuung und Unterstützung der Veteranen der Arbeit vorgesehen. Insgesamt sollen die gesellschaftlichen Fonds aus Mitteln des Staates durchschnittlich für eine Familie mit vier Personen im Jahre 1985 monatlich ein Volumen von etwa 900 Mark erreichen. Im Jahre 1980 waren es 760 Mark. Hinzu kommen Mittel der Kultur- und Sozialfonds der Betriebe und Einrichtungen, die in Übereinstimmung mit der Leistungsentwicklung auf 120 bis 125% ebenfalls weiter wachsen werden.

Somit soll sich das Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung im Zeitraum 1981 bis 1985 auf 121 bis 123% erhöhen. Damit wird die Bevölkerung bei steigenden individuellen Einkommen etwa 40 bis 42% ihres Realeinkommens aus gesellschaftlichen Fonds des Staates, der Betriebe und gesellschaftlichen Organisationen erhalten.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Untrennbarer Bestandteil der Hauptaufgabe ist die Entwicklung des Bildungswesens, der Kultur, des Gesundheitswesens, des Sportes und des Sozialwesens. Die Werktätigen dieser Bereiche leisten eine große Arbeit. Ihrem aufopferungsvollen und hingebungsvollen Wirken verdanken wir viel. Nicht zuletzt ist auch durch ihre Arbeit die Deutsche Demokratische Republik ein in der Welt hochgeachteter Staat.

Die im Entwurf der Direktive des X. Parteitages der SED enthaltenen anspruchsvolleren Aufgaben für das Bildungswesen gehen von dem erreichten Entwicklungsstand und dem hohen gesellschaftlichen Rang der Bildung und Erziehung im Sozialismus aus.

Der gesellschaftliche Auftrag der Volksbildung besteht auch weiterhin darin, allen Kindern Oberschulbildung auf hohem Niveau zu vermitteln und sie kommunistisch zu erziehen. Dabei ist der polytechnische Charakter der Oberschule weiter auszuprägen. Die bewährte Praxis, durch Initiativen der Betriebe und Werktätigen die

materiell-technischen Bedingungen für den polytechnischen Unterricht ständig zu vervollkommnen, wird weitergeführt.

Die personellen und materiellen Bedingungen im Bereich der Volksbildung sind weiter zu verbessern. Es sind 13 200 bis 13 500 Unterrichtsräume, 750 Schulsporthallen sowie die erforderlichen Heim- und Internatsplätze neu zu schaffen. Die ansteigenden Geburtenziffern verlangen den Bau von ca. 120 000 Kindergartenplätzen, damit auch künftig überall für die Kinder der entsprechenden Altersgruppe die Möglichkeit des Besuches eines Kindergartens besteht.

Die Rekonstruktion und Werterhaltung der Volksbildungseinrichtungen sowie ihre Ausstattung mit modernen Unterrichtsmitteln werden fortgesetzt. Die Ausbildungsbedingungen an den Pädagogischen Hochschulen werden weiter planmäßig verbessert. Besondere Aufmerksamkeit ist der Weiterbildung der Pädagogen zu widmen.

Die Aufgabenstellung für die Berufsbildung ist darauf gerichtet, zum Leistungswachstum der Volkswirtschaft und zur allseitigen Persönlichkeitsentwicklung beizutragen und den Facharbeiternachwuchs planmäßig zu sichern. Die materiell-technischen Bedingungen für die Berufsbildung werden im Fünfjahrplanzeitraum zielgerichtet verbessert.

Entsprechend den Erfordernissen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist durch die Kombinate und Betriebe die Weiterbildung der Facharbeiter und Meister auf einen hohen Leistungszuwachs zu richten. Im Ergebnis der sozialistischen Rationalisierung planmäßig frei werdende Arbeitskräfte sind rechtzeitig für ihre neuen Arbeitsaufgaben vorzubereiten.

Die grundlegende Aufgabe im Hoch- und Fachschulwesen besteht darin, die Qualität und Effektivität der Aus- und Weiterbildung und kommunistischen Erziehung von Hoch- und Fachschulkadern für alle gesellschaftlichen Bereiche weiter zu erhöhen. Die immer bessere Verwirklichung des Prinzips der Einheit von Lehre und Forschung muß noch wirksamer zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts durch Spitzenleistungen in der Grundlagen- und angewandten Forschung beitragen. Die Weiterbildung an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen ist stärker

zur Überführung neuester Forschungsergebnisse in die Praxis und damit als Beitrag zur Intensivierung der Volkswirtschaft wirksam zu machen.

Ein besonderer Wesenszug der sozialistischen Gesellschaft ist die Sorge um die Gesundheit der Menschen und ihre soziale Geborgenheit. Mit der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft sind in den Jahren bis 1985 durch das Gesundheits- und Sozialwesen der Gesundheitsschutz der Werktätigen weiter zu vervollkommnen, die Errungenschaften der modernen Medizin gezielt dem Wohle der Bürger nutzbar zu machen sowie die Qualität und Wirksamkeit der medizinischen und sozialen Betreuung weiter zu verbessern.

Der Neubau und die Rekonstruktion der Charité in der Hauptstadt der DDR, Berlin, wird planmäßig fortgesetzt. Die fertigzustellenden Krankenhäuser und Kliniken in Berlin, Cottbus, Gera, Nordhausen, Potsdam, Frankfurt (Oder), Karl-Marx-Stadt, Schwerin und Halle sind in voller Funktion in Betrieb zu nehmen. 1900 bis 2100 neue ärztliche und zahnärztliche Arbeitsplätze sollen überwiegend in leistungsfähigen Polikliniken und Ambulatorien geschaffen werden. Damit entstehen Bedingungen, die Qualität und Wirksamkeit der ambulanten und der stationär-medizinischen Betreuung bedeutend zu erhöhen.

Zur weiteren Verbesserung der sozialen Bedingungen für Mutter und Kind ist vorgesehen, im Fünfjahrplanzeitraum 1981 bis 1985 50 000 bis 60 000 neue Kinderkrippenplätze zu schaffen.

Ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen besteht darin, die Aktivitäten zur Unterstützung und Hilfe für unsere älteren Bürger zu verstärken. Durch Bereitstellung altersgerechten Wohnraumes, das heißt durch die Neuschaffung von 18 000 bis 19 000 Feierabendheimplätzen und 18 000 bis 21 000 Plätzen in Wohnhäusern, sollen die Wohn- und Lebensbedingungen der Veteranen der Arbeit verbessert werden.

Die Erholungsbedingungen der Werktätigen unserer Republik sind durch die Gewährleistung der Instandhaltung und Modernisierung der vorhandenen und die Fertigstellung der begonnenen Vorhaben des Feriendienstes der Gewerkschaften weiter auszubauen. Neue Kapazitäten werden insbesondere mit den Vor-

haben 2. Erholungskomplex Binz, Erholungsheim Templin „Lübbesee", Erholungsheim Rheinsberg, Erholungsheim „Solidarität" Heringsdorf, Erholungsheim Schöneck zur Nutzung übergeben.

Zur Verbesserung der Urlaubsgestaltung der Werktätigen soll die Anzahl der Urlaubsreisen bis zum Jahre 1985 auf rund 4,7 Millionen anwachsen.

Im Alltag unserer Menschen nehmen Körperkultur und Sport einen immer größeren Raum ein. Überall gilt es, den Massencharakter unserer sozialistischen Körperkultur zu fördern und wirkungsvoller zur Geltung zu bringen. Das Hauptaugenmerk richten wir darauf, den Kinder- und Jugendsport weiterzuentwickeln, den Freizeit- und Erholungssport, den Übungs-, Trainings- und Wettkampfbetrieb sowie den Leistungssport zielstrebig auszubauen.

Mit der Kultur und Kunst, die für die Herausbildung der sozialistischen Persönlichkeit von großer Bedeutung sind, gilt es, den höheren Anforderungen der steigenden geistig-kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen gerecht zu werden sowie zur Entwicklung ihres Schöpfertums und ihrer Leistungsbereitschaft beizutragen.

Mit der Fertigstellung des Konzerthauses am Platz der Akademie und dem Neubau des Friedrichstadtpalastes in der Hauptstadt der DDR, Berlin, der Fertigstellung des Neuen Gewandhauses in Leipzig und der Semper-Oper in Dresden wird ein bedeutender Beitrag zur Bereicherung des Kulturlebens der DDR geleistet.

Um das kulturelle Angebot, insbesondere für die künstlerische Selbstbetätigung in den Wohngebieten, zu verbreitern, ist der Mehrzweckanutzung von Einrichtungen anderer Rechtsträger mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Eine wichtige Aufgabe sehen wir auch darin, günstigere Bedingungen für die Freizeitgestaltung der Jugend in den Städten und Gemeinden zu schaffen.

V. Zu den außenwirtschaftlichen Aufgaben der DDR

Liebe Genossinnen und Genossen!

Im Bericht des Zentralkomitees an den X. Parteitag wurde eindrucksvoll nachgewiesen, daß die erfolgreiche Entwicklung unserer Republik, die Stärkung ihrer Leistungskraft in unmittelbarem Zusammenhang mit der immer vollständigeren Nutzung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung und dem weiteren Ausbau der sozialistischen ökonomischen Integration steht. Durch die sozialistische ökonomische Integration wird die DDR immer fester mit der sozialistischen Staatengemeinschaft und ihrer Hauptkraft, der UdSSR, verbunden. Von grundlegender Bedeutung für die weitere erfolgreiche Entwicklung der DDR und für die Gestaltung der gesamten ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern ist das Programm der Spezialisierung und Kooperation der Produktion zwischen der DDR und der UdSSR für den Zeitraum bis 1990. Verantwortungsbewußt und mit höchster Effektivität sind die vereinbarten Aufgaben durchzuführen.

Wenn die im RGW zusammengeschlossenen Länder, auch unter den komplizierten Bedingungen der letzten Jahre, die dynamischste Wirtschaftsregion in der Welt darstellen, dann ist das nicht

zuletzt auf die breite Entwicklung ihrer ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, auf die zunehmende Verflechtung ihrer Volkswirtschaften zurückzuführen. Im neuen Fünfjahrplanzeitraum ist eine qualitativ höhere Stufe unserer gemeinsamen Arbeit im RGW zu erreichen.

Die Ziele, die mit der Direktive des X. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1981 bis 1985 gestellt werden, basieren im vollen Umfang auf den mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern getroffenen Vereinbarungen und erreichten Resultaten der Koordinierung der Pläne. Für unsere Republik ist es außerordentlich bedeutungsvoll, daß im Ergebnis der Plankoordinierung Vereinbarungen über die Sicherung eines wesentlichen Teils des Rohstoffbedarfs unserer Volkswirtschaft getroffen werden konnten. Es ist für unser Land vorteilhaft, daß sich diese Lieferungen in Übereinstimmung mit den im RGW beschlossenen Preisbildungsprinzipien am Durchschnitt des Weltmarktpreises der letzten fünf Jahre orientieren und damit unter den jeweiligen Preisen des kapitalistischen Weltmarktes liegen.

Besondere Aufmerksamkeit widmen wir der Erweiterung der internationalen Spezialisierung und Kooperation in Wissenschaft, Technik und Produktion. Sie muß in verstärktem Maße dafür genutzt werden, den geplanten Bedarf zu sichern und die Effektivität auf dem Wege der Intensivierung zu erhöhen.

Im Mittelpunkt steht dabei entsprechend den Erfordernissen der achtziger Jahre die weitere Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Es kommt darauf an, Forschungsergebnisse zu erzielen, die wissenschaftlich-technische Spitzenleistungen darstellen und eine große volkswirtschaftliche Breitenwirkung besitzen. Gerade hier ist es von grundlegender Bedeutung, eine schnelle Überleitung in die Produktion zu gewährleisten.

Zugleich geht es darum, auf dem Wege der Spezialisierung und Kooperation die vorhandenen Kapazitäten immer rationeller zu nutzen und die Produktion wichtiger Finalerzeugnisse, insbesondere in der metallverarbeitenden Industrie, zu erhöhen. Aus der Spezialisierung müssen neue, dem technischen Höchststand entsprechende Ausrüstungen, Maschinen, Geräte und Materialien

hervorgehen. Breite Anwendung der Mikroelektronik, höhere Veredlung der Rohstoffe, neue Technologien in der verarbeitenden Industrie, Anwendung der Robotertechnik, materialsparende Verfahren und Ausrüstungen sowie Vermeidung von Abhängigkeiten gegenüber dem kapitalistischen Ausland — das alles sind wichtige Vorhaben der Spezialisierung und Kooperation mit der UdSSR und im Rahmen des RGW.

Verstärkt sind auch solche Wege der Zusammenarbeit zu nutzen wie die gemeinsame Rationalisierung und Rekonstruktion von Betrieben. So wurde zum Beispiel unmittelbar in Vorbereitung des X. Parteitages das gemeinsame Rekonstruktionsvorhaben der Großelektromotorenfertigung im Sachsenwerk Dresden begonnen mit dem Ziel, eine Verdopplung der Produktion zu gewährleisten.

Die Sicherung der lebenswichtigen Roh- und Brennstoffbezüge sowie der vereinbarten Importe an Nahrungsgütern, chemischen Erzeugnissen, Konsumgütern, Maschinen und Ausrüstungen, die Gewährleistung wichtiger gemeinsamer Forschungsvorhaben und anderer Integrationsobjekte erfordern, daß die DDR gewissenhaft die in der Plankoordinierung sowie in Abkommen und Verträgen übernommenen Verpflichtungen realisiert.

Gestützt auf die weitere Vertiefung der allseitigen Zusammenarbeit in der sozialistischen Staatengemeinschaft, ist unsere Arbeit darauf gerichtet, die wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen zu den Entwicklungsländern, vor allem zu denen, die den sozialistischen Weg beschreiten, weiter auszubauen. Die Zusammenarbeit ist auf langfristiger Grundlage zu entwickeln. Die komplexe Verbindung von Export und Import mit der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, der Kaderausbildung, der Beratertätigkeit, der Anwenderberatung und dem Kundendienst sind zu gewährleisten.

Die DDR ist bestrebt, auch im Zeitraum bis 1985 den Handel mit den kapitalistischen Industrieländern auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu entwickeln. Dabei werden wir weiter konsequent für den Abbau bestehender Handelshemmnisse eintreten. Durch den Abschluß von langfristigen Abkommen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit, wie sie zum Beispiel mit Frankreich und Österreich unterzeichnet wurden,

können beiderseitig günstige Bedingungen für eine schnelle Entwicklung des Warenaustausches geschaffen werden.

Zu den volkswirtschaftlichen Hauptfragen gehört die konsequente Lösung der für den Zeitraum 1981 bis 1985 gestellten Aufgaben auf dem Gebiet der Außenwirtschaft. Dazu bedarf es hoher Leistungen zur Entwicklung der Exportproduktion.

Es ist notwendig, die Produktion neuer und weiterentwickelter devisenrentabler Exporterzeugnisse vorrangig zu steigern und gleichzeitig die Export- und Valutaeffektivität von Erzeugnissen, die den Produktionstraditionen der DDR entsprechen, spürbar zu erhöhen. Das muß bereits bei der Aufgabenstellung für Wissenschaft und Technik und der Planung der Investitionen beginnen.

Es geht darum, den qualitativ neuen Maßstäben an die Entwicklung der Produktion für den Export sowie an Qualität, Veredlungsgrad, Weltmarktfähigkeit und Effektivität unserer Exporterzeugnisse voll zu entsprechen. Dabei muß noch stärker vom Bedarf der äußeren Märkte ausgegangen und die Absatzorganisation des Außenhandels den Bedingungen der internationalen Märkte angepaßt werden; die Erzeugnisse müssen zu den günstigsten Valutapreisen exportiert, die Effektivität der Marktarbeit erhöht sowie Kundendienst und Ersatzteilversorgung weiter verbessert werden.

Ausgehend von den weiterhin ansteigenden Preisen sind beim Import von Roh- und Brennstoffen, Zuliefererzeugnissen und Ersatzteilen strengste Maßstäbe anzulegen.

VI. Zur Rolle des Staates als Hauptinstrument der von der marxistisch-leninistischen Partei geführten Arbeiterklasse bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und zur Vervollkommnung seiner Leitungstätigkeit

Liebe Genossinnen und Genossen!

Unsere Partei hat der Festigung und Weiterentwicklung der sozialistischen Staatsmacht stets ihre ganze Aufmerksamkeit gewidmet. Unter Führung der Partei erfüllen die Organe des sozialistischen Staates ihre politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben sowie die ihnen übertragenen Verteidigungsaufgaben. Unsere Erfahrungen wie auch die der sozialistischen Bruderländer bestätigen die allgemeingültige Gesetzmäßigkeit, daß im Prozeß der sozialistischen Revolution die Rolle der sozialistischen Staatsmacht ständig wächst.

Als Hauptrichtung der weiteren Entwicklung der Staatsmacht fordert unser Parteiprogramm die weitere Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie. Sie findet ihren Ausdruck in der immer breiteren Mitwirkung der Bürger an der Leitung des Staates und der Wirtschaft. Und ganz besonders erweist sich ihre Lebenskraft in dem von hohem Staatsbewußtsein getragenen initiativreichen Handeln der Arbeiterklasse, der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und aller anderen Werktätigen unserer Republik bei der Realisierung unserer anspruchsvollen Pläne.

Ausgehend davon, daß die sozialistische Staatsmacht das

Hauptinstrument der von der marxistisch-leninistischen Partei geführten Arbeiterklasse bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist, treten eine Reihe von Anforderungen an die Tätigkeit der Staatsorgane künftig noch stärker in den Vordergrund.

Eine wichtige Anforderung besteht darin, daß die gesamte leitende, planende, organisierende und erzieherische Tätigkeit der Staatsorgane noch mehr als bisher auf die Leistungssteigerung der Volkswirtschaft und die Erhöhung ihrer Effektivität zu konzentrieren ist, um auf dieser Grundlage die auf das Wohl des Volkes gerichtete Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik weiter erfolgreich zu verwirklichen, wie das Genosse Erich Honecker im Bericht des Zentralkomitees dargelegt hat. Grundlegendes Gesetz des Handelns aller Staatsorgane sind die staatlichen Pläne, die kontinuierlich mit hoher Disziplin durchzuführen und allseitig zu erfüllen sind.

In enger Verbindung mit den Werktätigen und ihren gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere den Gewerkschaften, haben die Staatsorgane die schöpferische Arbeit der Werktätigen im sozialistischen Wettbewerb zur Erfüllung und gezielten Überbietung der Pläne zu fördern.

Zur Erfüllung der Ziele und Aufgaben der Direktive kommt es überall in Staat und Wirtschaft darauf an, die Erfahrungen der Besten zum Maßstab für die Vervollkommnung der Leitung zu machen.

Viele gut arbeitende Kombinate und Betriebe zeigen uns, wie sie über Jahre hinweg auf ständig wachsendem Niveau eine hohe Kontinuität der Produktion gewährleisten. Hand in Hand damit erfüllen sie gewissenhaft ihre Verträge und Absatzpläne, produzieren also bedarfsgerecht. Es ist kein Zufall, daß gerade in diesen Kombinaten und Betrieben der Nutzung der qualitativen Faktoren der Leistungsentwicklung und Effektivitätssteigerung größte Aufmerksamkeit in der Leitungstätigkeit gewidmet wird und überdurchschnittliche Zuwachsraten erreicht werden.

Konsequent orientieren sich diese Kombinate und Betriebe auf Bestwerte und deren breite Anwendung.

Ausgehend von diesen positiven Ergebnissen müssen Lei-

stungsvergleiche und Erfahrungsaustausche weitaus stärker als bisher genutzt werden, um alle Betriebe und Kombinate auf ein höheres Niveau zu bringen. Das ist auch eine wichtige Aufgabe der Ministerien. Sie haben dafür zu sorgen, daß die besten Erfahrungen innerhalb ihres Verantwortungsbereiches und darüber hinaus verallgemeinert und verbindlich angewendet werden.

Um die daraus erwachsenden neuen Möglichkeiten und Potenzen für einen hohen Zuwachs an Leistung, Arbeitsproduktivität, Effektivität und Nationaleinkommen voll zu nutzen, wird – gestützt auf die guten Erfahrungen bei der Ausarbeitung und der bisherigen Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1981 – der Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1981 bis 1985 nach Kombinaten ausgearbeitet. Das ermöglicht, Aufwand und Ergebnis der Kombinate über einen längeren Zeitraum vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus zu beurteilen, vorhandene Reserven bereits bei der Planung zu erschließen und die Bereitstellung der materiellen und finanziellen Fonds durch den Staat besser mit den geplanten Ergebnissen des Reproduktionsprozesses in Übereinstimmung zu bringen.

Die Minister haben zu gewährleisten, daß die Generaldirektoren die Aufgaben der Kombinate mit hoher Verantwortung auf der Grundlage des Planes lösen. Die in der Kombinatsverordnung festgelegten Aufgaben, Rechte und Pflichten der Kombinate sind konsequent durchzusetzen. Generell ist davon auszugehen, daß die weitere Entwicklung der Kombinate eine vorrangige Leitungsaufgabe ist, die alle Staatsorgane angeht und von ihnen wirksam zu unterstützen ist.

Ausgehend von der Notwendigkeit der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft erfordern die wachsenden volkswirtschaftlichen Verflechtungen, die fortschreitende Arbeitsteilung im nationalen wie im internationalen Maßstab, die sich verändernden Marktbedingungen und die sich verschärfende Rohstoffsituation in der Welt die verstärkte langfristig-konzeptionelle Arbeit insbesondere der Ministerien, der anderen zentralen Staatsorgane und der Räte der Bezirke auf der Grundlage und in Verwirklichung der Wirtschaftsstrategie unserer Partei. Vor allem kommt es darauf an, das Zusammenwirken der Staatsorgane so zu

gestalten, daß ein hoher Grad der Koordinierung gesamtvolkswirtschaftlicher, zweiglicher und territorialer Aufgaben erreicht wird. Konsequent gilt es, die bewährten Methoden der Führung des sozialistischen Wettbewerbes, insbesondere die Arbeit mit den persönlichen und kollektiven Planangeboten, zu unterstützen und neue Erfahrungen und Initiativen zielstrebig zu verbreitern.

Dabei ist der Öffentlichkeit in der Führung des sozialistischen Wettbewerbes, dem Vergleich der Arbeitsmethoden und erreichten Ergebnisse, der Verallgemeinerung der besten Leistungen und Erfahrungen im Massenumfang sowie der zweckmäßigen Verbindung von materieller und moralischer Anerkennung hervorragender Leistungen besondere Beachtung zu schenken. Das erfordert überall das engste und kameradschaftliche Zusammenwirken der Staats- und Wirtschaftsfunktionäre mit den Leitungen, Vorständen und Funktionären des FDGB.

Die volkswirtschaftlichen Initiativen der Freien Deutschen Jugend, insbesondere die Bewegung der „Messe der Meister von morgen", sind, ausgehend von den gesammelten Erfahrungen, auch weiterhin zielstrebig zu fördern.

Mit der kontinuierlichen Verwirklichung der im Entwurf der Direktive festgelegten Ziele verbessern sich die Bedingungen und Möglichkeiten der Frauen und Mädchen weiter, aktiv im Beruf, im gesellschaftlichen Leben sowie in der Familie zu wirken. Die Staats- und Wirtschaftsorgane haben gemeinsam mit den gesellschaftlichen Organisationen die Initiative und Bereitschaft der Frauen zur Lösung der bevorstehenden Aufgaben allseitig zu nutzen.

Die gesamte Tätigkeit der Staatsorgane muß darauf gerichtet sein, das Vertrauensverhältnis der Bürger zu ihrem sozialistischen Staat weiter zu festigen. Die Anliegen der Bürger sind aufmerksam, achtungsvoll und gewissenhaft zu bearbeiten. Beratungen mit den Werktätigen an Ort und Stelle, die gemeinsame Erörterung ihrer Gedanken und Vorschläge und das vertrauensvolle Gespräch mit den Bürgern kennzeichnen den von den Staatsorganen anzuwendenden volksverbundenen Arbeitsstil.

Auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus ist die Leitungstätigkeit in Staat und Wirtschaft ständig zu vervollkommnen.

Große Bedeutung für die weitere gesellschaftliche Entwicklung

besitzt die Leitungstätigkeit der örtlichen Staatsorgane. Sie haben bedeutende Aufgaben in der Leitung und Planung der örtlich geleiteten Industrie und des örtlich geleiteten Bauwesens zu erfüllen und tragen eine hohe Verantwortung für die Entwicklung und Leistungssteigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Mit der Bildung von Kombinaten in der bezirksgeleiteten Industrie ergeben sich insbesondere für die Arbeit der Räte der Bezirke qualitativ neue Anforderungen.

In der Tätigkeit der örtlichen Staatsorgane tritt die Erfüllung gesamtstaatlicher Aufgaben immer stärker in den Vordergrund. Das bezieht sich insbesondere auf die territoriale Rationalisierung, die noch mehr als bisher auf die Vertiefung der Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion zu richten ist und gleichzeitig dazu beitragen muß, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürger durch eine sinnvolle Nutzung der materiellen und finanziellen Möglichkeiten zu verbessern. Eine große Verantwortung tragen die örtlichen Staatsorgane für die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und Dienstleistungen sowie für die soziale und kulturelle Betreuung der Bürger. Bedeutende Aufgaben erwachsen ihnen mit der Durchführung des Wohnungsbauprogramms.

Als fester Bestandteil sozialistischer Leitungstätigkeit ist das sozialistische Recht konsequent durchzusetzen und entsprechend den Anforderungen der gesellschaftlichen Entwicklung weiter auszugestalten. Die strikte Einhaltung der in den Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften festgelegten staatlichen Ordnung ist eine unabdingbare und erstrangige Aufgabe aller Staatsorgane, Kombinate und Betriebe, ihrer Leiter und Kollektive sowie aller Werktätigen. Diesem Anliegen zu entsprechen heißt, überall kommunistische Ehrlichkeit in der Arbeit, bei der Planung, der Plandurchführung und -abrechnung durchzusetzen.

Die bewußte Nutzung des sozialistischen Rechts und seine Verwirklichung dienen der strikten Einhaltung von Ordnung und Sicherheit und sind vor allem darauf zu richten, Rechtsverletzungen aller Art vorzubeugen. Das trägt entscheidend dazu bei, einen planmäßigen, störungsfreien Wirtschaftsablauf zu gewährleisten, Leben und Gesundheit der Werktätigen zu schützen und die Unantastbarkeit des Volkseigentums zu garantieren.

Der Kampf der Werktätigen in den Betrieben um vorbildliche Ordnung, Disziplin und Sicherheit hat ein beachtliches Niveau erreicht. Bewährt hat sich die Arbeit mit Sicherheitsaktiven. Sie muß weiter ausgebaut werden. Ausgehend davon, daß von der Organisiertheit, der Disziplin und der kontinuierlichen Arbeit in entscheidendem Maße abhängt, mit welchem Erfolg die Direktive des X. Parteitages und die darauf beruhenden staatlichen Pläne in die Tat umgesetzt werden, ist das sozialistische Recht als ein wichtiges Instrument der Leitung entsprechend den Anforderungen der gesellschaftlichen Entwicklung planmäßig zu vervollkommnen.

Betrachten wir die wachsenden Anforderungen der kommenden Jahre, so erweist sich die Notwendigkeit, eine höhere Stufe der Rationalisierung der Leitungs- und Verwaltungsarbeit in den Ministerien, Kombinaten, Betrieben und Einrichtungen, das heißt auf allen Leitungsebenen, zu erreichen.

Alle verantwortlichen Leiter müssen dafür Sorge tragen, daß die zur Verfügung stehende Technik planmäßig und konzentriert dort eingesetzt wird, wo der größte Nutzen entsteht. Das muß in einer erheblichen Einsparung von Arbeitsplätzen zu Buche schlagen und dazu führen, den Anteil des Leitungs- und Verwaltungsaufwandes in entsprechenden Größenordnungen zu reduzieren. Dieser Prozeß bedarf einer straffen Leitung und Planung, beginnend in den Ministerien.

Überall kommt es darauf an, eine rationelle Organisation durchzusetzen.

In seinem Schlußwort auf der Berliner Bezirksdelegiertenkonferenz verwies Genosse Erich Honecker darauf, daß es möglich war, den Umfang des Berichtswesens bei den Ministerien und anderen zentralen Staatsorganen um mehr als 30 % und bei den örtlichen Räten um mehr als 60 % zu reduzieren. Er ließ keinen Zweifel daran, daß wir bei dem Erreichten nicht stehenbleiben dürfen, zumal die Voraussetzungen für die Leitung durch den verringerten Umfang des Berichtswesens nicht etwa schlechter, sondern besser geworden sind.

Diese und andere Beispiele zeigen, daß die Rationalisierung der Leitungs- und Verwaltungsarbeit mit der effektiven Organisation der Arbeitsprozesse beginnt und mit konkreten, abrechenbaren

Aufgaben verbunden sein muß. Rationalisierung der Leitungs- und Verwaltungsarbeit bedeutet auch weniger Papier, weniger Kraftstoff und Verringerung anderer materieller Aufwendungen. Sie verlangt einfache und rationelle Leitungsbeziehungen und -strukturen, Vermeidung von Doppelgleisigkeit, Abkehr von überholter Routine, kurz: Verzicht auf alles Überflüssige.

Angesichts der verschärften Klassenauseinandersetzung ist es geboten, überall hohe Staatsdisziplin und Klassenwachsamkeit zu üben. Es gehört zu den vornehmsten Aufgaben aller Staatsorgane, ihren Beitrag zu leisten, um den sicheren Schutz des sozialistischen Staates nach innen und außen zu gewährleisten und die sozialistischen Errungenschaften gegen jeden Angriff zuverlässig zu verteidigen. Die dafür notwendigen Maßnahmen zur materiellen Sicherstellung sind gründlich vorzubereiten und rechtzeitig und verantwortungsbewußt durchzuführen.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Der Entwurf der Direktive ist darauf gerichtet, die dynamische Entwicklung der Volkswirtschaft fortzusetzen, die Deutsche Demokratische Republik weiter allseitig zu stärken und auf dieser Grundlage das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes auch unter den komplizierteren außenwirtschaftlichen Bedingungen zu sichern und schrittweise weiter zu erhöhen. Das ist ein klares Konzept für die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in unserer Deutschen Demokratischen Republik.

Der mit der Erfüllung der Beschlüsse des IX. Parteitages erreichte Stand der Leistungskraft der Volkswirtschaft und der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR ist ein sicheres Fundament für die Verwirklichung der in der Direktive des X. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1981 bis 1985 gestellten ökonomischen und sozialen Ziele und Aufgaben.

Entscheidende Faktoren für ihre Verwirklichung sind das Schöpfertum und die Initiative der Werktätigen, die auf dem Vertrauen in die marxistisch-leninistische Politik unserer Partei beruhen. Wir gehen deshalb voller Optimismus und Siegeszuversicht an die Lösung aller vor uns stehenden Aufgaben.

Unter Führung unserer Partei wird die Arbeiterklasse im Bündnis mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und allen anderen Werktätigen im Zeitraum bis 1985 weitere bedeutsame Fortschritte bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft erzielen.

Vorwärts zu neuen Erfolgen auf dem vom X. Parteitag gewiesenen Weg des Sozialismus und des Friedens!

Es lebe die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, der bewußte und organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse und aller Werktätigen!

Inhalt

Lizenznummer 1
LSV 0296
Printed in the German Democratic Republic
Satz: (140) Druckerei Neues Deutschland Berlin
Druck: Druckhaus Freiheit Halle
Best.-Nr.: 737 502 9
DDR 0,60 M